

Geheime Unterredung Löbes mit Papen

Kraus in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Toni Senders Klagen über „Unstimmigkeiten in der SPD“

Ein Informationsbüro der Reichstagsfraktionen berichteten in diesen Tagen über heftige Zusammenstöße in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, über die der „Vorwärts“ mit einigen schätzlichen Worten hinwegzudeckeln versucht hat. Mittlerweile ist „Die rote Fahne“ in der Lage, nähere Mitteilungen über die Ursachen des Führerstreits in der SPD zu machen.

In der jüngsten Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde schon zu Beginn des Tages über die Unterredung mit Papen gesprochen, in der die Haltung der SPD zum Reichstagspräsidenten besprochen wurde. Zahlreiche Disziplinierungsverfahren verlangten, daß Löbe der Reichstagsfraktion Bericht über diese geheimnisvolle Unterredung erstatte. Was weiter ist aber mit dem Bericht: „Das macht ich nicht. Denn hier ist mir der Rahmen zu groß.“

Diese Neuerung rief einen ungeheuren Proteststurm hervor, den man sich selbstverständlich nicht ernst nehmen kann. Es wird wohl niemand so sein, daß die löbliche Partei der SPD angeht, die immer stärker anwachsenden Rebellion der sozialdemokratischen Parteimitglieder, lediglich eine solche Gebärde des Protests zu machen, um diese Arbeiter zu beschämigen.

Diese Abfuhr wurde offenbar mit einem ellenlangen Artikel von Toni Sender versetzt, den die Dresdener Volkszeitung am vergangenen Montag veröffentlichte und auf den wir bereits gestern Bezug nahmen. In diesem Artikel

erschließt der ja auch zur Reichstagsfraktion gehörende Toni Sender das Geheimnis: „Es gibt alle Meinungen und Meinungen von Unstimmigkeiten (in der SPD) aus dem Wege zu räumen.“

So demokratisch die Sender damit den Kraus in der SPD nach zu schreiben versucht, so gelingt es ihr dennoch nicht, ihn vollkommen zu verschweigen.

Sie deutet vielmehr noch mehr an, welchen Ursachen die „Unstimmigkeiten in der SPD“ entspringen. Sie spricht nämlich davon, daß man „in der Partei“ mit dem Ereignis des 20. Juli noch nicht ganz fertig geworden ist.

Dies ist das ungewöhnliche Eingeständnis der Entrüstung und Empörung, die sich der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, als die Gewerkschaften und Gewerkschaften, das sie selbst immer als das „letzte Bollwerk der Republik“ bezeichnet hatten, der sozialdemokratischen Reaktion ohne auch nur den geringsten Versuch eines Widerstandes in die Hände spielten. Es ist bezeichnend, daß Toni Sender diese ungeheure Tatsache, die selbst in den Kreisen der SPD-Arbeiter härteste Empörung ausgelöst hat, damit zu entschuldigen versucht, daß man an manchen Stellen zu einer Ueberwindung der Stärke einer Position neigt.

In diesen Tönen hält dieselbe Toni Sender, die sich den SPD-Arbeitern gegenüber immer so radikal gebärdet, wärmliche Zusprüche für Braun, Seering, Gieseler und all die anderen.

Aber noch mehr! Wie eine Himmelskathode von der Hellsamkeit der SPD an, von denen der Vorliegende der SPD — Weis — selbst erklärt hat, sie könnten weder eine Mehrheit finden, noch sollten sie die Nationalsozialisten entlarven.

Was Toni Sender schreibt, liegt in derselben Dialektik und soll die SPD-Mitglieder allerdings offenbar davon zurückhalten, ein- die Frage aufzuwerfen, wie sich denn ihre Führer den so geleiteten „Umbau der Wirtschaft“ eigentlich vorstellen und in welchen Mitteln sie ihn durchzuführen gedenken. Im solche Fragen von vornherein abzumelden, läßt die Sender höchst geheimnisvoll:

„Selbstredend erwartet (?) kein denkender Arbeiter, daß man etwas dem Gegner alle realistischen Möglichkeiten und Pläne anführt.“

Die SPD-Arbeiter sollten sich nur ruhig darauf verlassen, daß „alles durchdacht und vorbereitet ist.“

Damit wird der ganze Zweck, der mit diesem langen Artikel verfolgt wird, offenbar.

Die SPD-Arbeiter sollen beruhigt und beruhigt werden, um nicht völlig genug durchdacht zu werden, daß sie in Wirklichkeit wieder schwarz betrogen werden. Die SPD-Arbeiter sollten die Toni Sender einmal auffordern, ihnen mitzuteilen, was in den geheimen Verhandlungen Löbes mit Papen besprochen worden ist, statt ihre blühenden Trostpillen zu schlucken.

Was wurde denn hinter den verschlossenen Türen abgemacht? Damit es sich bei diesen Besprechungen darum, die

haben zur Sozialdemokratie nicht abzuwenden zu lassen“, wie es eine dem General Schleicher nachstehende Zeitschrift vor kurzem forderte?

Gerade mit der Sprache, die Herr Toni Sender bei seinen Klagen über die deutschen Arbeiter genau so vor den Augen der Partei-Schleicher-Magierung spannen zu können, wie ihn es bei der Weimarer-Regierung (schon gebracht) hat, kann sich ihr schwer auf dem Holzweg!

Reichsbannerführer Major Anter aus der SPD ausgetreten

Einer der prominenten Führer des Reichsbanners, offizieller Hauptredner des Reichsbannerkongresses in zahlreichen Versammlungen, der Major a. D. Anter, hat an den Berliner Bezirksvorstand der SPD ein Schreiben gerichtet, in dem er seinen Austritt aus der SPD erklärt.

In seinem Schreiben solidarisiert sich Anter mit Otto Goring, Anter plaudert aus, daß die „Sozialistischer“ Anter der SPD-Fraktion im Reichstag „nicht ernst gemeint“ und spricht sich für ein „aktives Arbeiterbeschäftigungs- und Wirtschaftsbeschäftigungsprogramm“ unter Verweisung auf Goring und wohl in Uebereinstimmung mit Papens Wirtschaftsprogramm aus. Schließlich teilt Anter mit, daß er der „Sozial-republikanischen Partei“, einem sozialistischen Organisationsbüro, beigetreten ist.

Der Austritt Anters aus der SPD kennzeichnet, wie sich die Führer der Sozialdemokratie und des Reichsbanners immer offener als Faschisten demaskieren. Goring und jetzt Anter haben den Führer, Weis, Tarnow und Co. den Weg vorgezeigt und offenbaren deutlich, daß die Sozialdemokratie und das Reichsbanner ein Flügel des Faschismus sind. Keine Demagogie, keine Scheinopposition kann das verhallen.

Der Reichsaußenminister v. Neurath bestätigt

Die Rüstungspläne der Papenregierung

Schaffung eines Militärheeres zur „Aufrechterhaltung der inneren Ordnung“. Schleicher erklärt: „Geen Osten ist die nationale Verteidigung notwendig“

Berlin, 7. September 1932. (Eig. Drahtbericht). Der deutsche Außenminister Neurath hat jetzt der Presse den Wortlaut des Memorandums an Frankreich über die Rüstungspläne übergeben. Einem Vertreter des RWF erklärte Neurath, daß die Papenregierung eigentlich zunächst mit Frankreich allein verhandeln wollte, da das Ergebnis der Seneser Abrüstungskonferenz für Deutschland unannehmbar sei. Da aber die französische Regierung den Wortlaut des Memorandums anderen Regierungen mitteilt habe, mache sich eine Veröffentlichung nötig. Die entscheidenden Abschnitte des Dokumentes sind folgende:

„Unter diesen Umständen wird niemand der deutschen Regierung zumuten können, sich mit einem Konferenzergebnis abzufinden, das für die hochgerüsteten Länder nur angenehme Mindernde Veränderungen ihres gegenwärtigen Rüstungsstandes mit sich bringt, für Deutschland dagegen den Verfall der Status aufrecht erhalten würde.“

Die Lösung kann deshalb nur die sein, daß die Abrüstungskonvention für Deutschland an die Stelle des Teiles des Versailler Vertrages tritt, und daß hinsichtlich des Rechtszustandes nach ihrem Ablauf keine Sonderbestimmungen für Deutschland gelten.

Auf dem Gebiete der qualitativen Abrüstung ist die deutsche Regierung bereit, jedes Waffenverbot zu akzeptieren, das für alle Staaten gleichmäßig zur Wirkung kommt. Dagegen würden diejenigen Waffenkategorien, die durch die Konvention nicht allgemein verboten werden, grundsätzlich auch Deutschland erlaubt sein.

Was das Wehrsystem anbelangt, so muß die deutsche Regierung für sich das Recht aller anderen Staaten in Anspruch nehmen, so im Rahmen der allgemein gültigen Bestimmungen so zu gestalten, wie es den Bedürfnissen sowie den wirtschaftlichen und sozialen Eigenarten des Landes entspricht. Es kommt dabei einmal auf organisatorische Änderungen, wie z. B. der aktiven Dienstzeit der Soldaten und die Freiheit in der Ausrüstung der Wehrmacht an. Zum anderen auf die kurzfristige Ausdehnung eines besonderen wehrpflichtigen Militärs für Zwecke der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, sowie des Grenz- und Küstenschutzes.“

Das von Neurath zur Veröffentlichung gegebene Schriftstück bestätigt völlig unsere Vermutung über das ungeheure Rüstungsprogramm der Papenregierung, auf das wir schon in der vergangenen Woche hingewiesen haben. Bedeu-

Landtagsabgeordneter Fischer, Blauen, verläßt die NSDAP

„Parteilichung und Koalitionsbestrebungen machen Verbleiben unmöglich“

Wolffs Blauen, Reichstagsabgeordneter, hat in einem Schreiben an den Landtagspräsidenten seinen Austritt aus der NSDAP erklärt. Begründet wird dieses Schritt mit Meinungsverschiedenheiten in Kultur- und Erziehungsfragen sowie in dem Bestehen eines Parteiprogramms der NSDAP. Zunächst wurde ihm sein weiteres Verbleiben durch die letzte Parteivorstandssitzung und die Koalitionsbestrebungen mit dem Zentrum, die einen Bruch mit der Idee des Nationalsozialismus bedeuten.

Der Austritt Fischers und dessen Begründung bekräftigt die in der letzten Zeit von uns veröffentlichten Enthüllungen über die wachsende Zersplitterung im NSDAP. Der Austritt des Blauen, Schulmeisters und Abgeordneter Fischer spiegelt den Grad der Zersplitterung und die Stärke der Rebellion in der Partei wider.

Nach in Dresden greift die Rebellion im NSDAP immer mehr Platz und es sollen auch hier bereits wasserharte Risse in der NSDAP erfolgt sein. Nach aus Rheinland-Pfalz sind in diesen Tagen über zehn Mitglieder aus der NSDAP ausgetreten.

Ammer breitere Kreise erkennen, daß sie in der NSDAP als Landesmitglied des Großparties gegen die wertvollen Werten mißbraucht werden.

Gründe deshalb aber müssen alle Verträge, die durch einen „oppositionell“ drohenden neuen Kurs „Köben“ wieder einbringen, aufs härteste bekämpft werden. Die endlich antisemitisch gefärbten wertvollen Anhänger der NSDAP müssen und werden gewonnen werden für die rote Klassenfront des wertvollen Volkes, die unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der KPD, allein den Kampf um die soziale und nationale Befreiung führt.

Streik!

Düsseldorf, 5. September. (Eig. Drahtmeldung.) In Hofmetal sind 2600 Mitarbeiter heute früh in den Streik getreten.

Die Reichstagsfraktion der Kommunisten fordert:

Fort mit den Notverordnungen!

Wirtschaftskrisen an die vielen Arbeiter, Handwerker und Kleinrentner — unzureichender Lohn und Gehaltszahlung und sonst weitaus Gutes haben die letzten Notverordnungen zur Folge.

Während die Führer der SPD, des Zentrums und der Regierung die Notverordnungen als notwendig und notwendig erklären, haben die sozialistische Notverordnungen ausdrücklich erklärt, daß die KPD, die NSD, die Arbeiterbewegung zum Kampf gegen die Hungergefahren der Arbeiter auf.

Gleichzeitig hat die Reichstagsfraktion der Kommunisten sofort nach Bekanntwerden der Notverordnungen vom 4. und 5. September die sofortige Aufhebung derselben gefordert.

Antrag

Zorgler und Gieseler, der Reichstag solle beschließen, die Verordnungen der Reichspräsidenten zur Bekämpfung der Wirtschaft vom 4. September 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 57, Seite 425) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Berlin, den 5. September 1932

Nr. 58 Seite 433), erlassen auf Grund der Verordnungen des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14. Juni 1932, ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Berlin, den 5. September 1932

Antrag

Zorgler und Gieseler, der Reichstag solle beschließen, die Verordnungen des Reichspräsidenten zur Bekämpfung der Wirtschaft vom 4. September 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 57, Seite 425) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Berlin, den 5. September 1932

Reichstageinberufung für den 12. September

auf Verlangen der KPD-Reichstagsfraktion

Berlin, 6. September. Der Fraktionsführer der kommunistischen Reichstagsfraktion, Genosse Erich Torgler, ist heute vormittag bei dem Reichstagspräsidenten Göring positiv geworden, um gemäß dem Antrage der kommunistischen Partei die sofortige Einberufung des Reichstages zu verlangen, damit die kommunistischen Anträge auf Aufhebung der neuen Notverordnungen verhandelt werden können. Der Reichstagspräsident Göring (KPD) erklärte dem Genossen Torgler, daß er eine Einberufung des Reichstages für den 12. September vorbereiten werde. Der Genosse Torgler ließ dem Herrn Reichstagspräsidenten keinen Zweifel darüber, daß die gesamten wertvollen Massen Deutschlands nach dem Erlaß der neuen Notverordnungen die Einberufung des Reichstages für wichtig halten und daß sich die Nationalsozialistische Partei, wenn ihr Reichstagspräsident die Einberufung des Reichstages weiter hinauszieht, in schärfstem Widerspruch zu dem Willen des gesamten arbeitenden deutschen Volkes setze.

Solidarität mit den Textilarbeitern im Zeichen der Antifaschistischen Aktion

In einer Funktionärssitzung der KPD von Kadeberg wurde zu dem geplanten Lohnraub in der sächsischen Textilindustrie Stellung genommen. Den Textilarbeitern wurde in einer Entscheidung die aktive Solidarität zugesichert. Alle Erwerbslosen werden mobilisiert, damit sie sich in dem kommenden Kampf als Massenstreikposten betätigen. Der Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub muß im Zeichen der Antifaschistischen Aktion stehen.

Bürgerlicher Textilarbeiter wählen zentralen Kampfausschuß

Am Sonntag tagte in Burgstädt eine Textilarbeiterkonferenz, die von 30 Vertretern aus 19 Betrieben besucht war, darunter 10 Frauen. Ferner waren anwesend 10 Vertreter der Eisenbahn, Post und Gewerbe, sowie der Erwerbslosen und des Solidaritätsausschusses von Burgstädt. Verschiedene Anträge über die Krollen des Berges, Göttersberg, anwesend. Von den 30 Delegierten waren 16 von Burgstädt.

Der zentrale Kampfausschuß wurde einstimmig gewählt.

Die Reichstagsfraktion der KPD erwartet die Unterstützung der Arbeiter in Betrieb, Kantor und Stempelstelle durch Massenkampf der Antifaschistischen Aktion gegen Hunger und Faschismus

Wir führen Wissen.